

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Sdbd., fl. 1. 8kerr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreigepaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

R u n d s c h a u.
Berlin, 23. October.

Nach einem Ministerial-Rescript an die betreffenden Behörden von Breslau sollen die Vorbereitungen zu den Parlamentswahlen für die Staaten des nördlichen Deutschlands möglichst schnell getroffen werden. Der Beginn der Parlamentsverhandlungen wird für den März oder nicht vor dem März nächsten Jahres erwartet. Der Ort der Parlamentsverhandlungen wird Berlin sein und für die Beratungen ist der Sitzungssaal des Abgeordneten- oder Herrenhauses in Aussicht genommen. — Der Friede mit Sachsen ist nach dem „Dresd. Journ.“ am 21. October in Dresden unterzeichnet worden. Die Verhandlungen sind in so tiefes Geheimnis gehüllt geblieben, daß noch am 18. October die sächsische Landeskommission die Versicherung nach Leipzig gelangen ließ, daß der König von Sachsen noch nicht einmal die preussischen Friedensbedingungen genauer kenne. Bemerkenswerthe Andeutungen giebt die „Zeidl. Corr.“:

„Bei den militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages mit Sachsen handelt es sich nicht um eine permanente Besetzung einzelner Positionen des Königreiches mit preussischen Truppen, sondern um provisorische Anordnungen dieser Art, deren Dauer von dem Zeitraum abhängt, welcher für die Reorganisation der königlichen sächsischen Armee erforderlich sein wird. Es versteht sich von selbst, daß während des in letzterer Hinsicht eintretenden Uebergangs-Stadiums preussische Truppen- theile im Königreiche anwesend bleiben müssen; es ist aber auch einleuchtend, daß diese Okkupation nach Beendigung des Krieges-Zustandes den sächsischen Gemeinden keine finanzielle Last bereiten wird. Die preussische Regierung hat in den Verhandlungen mit dem Könige Johann alles vermieden, was als ein Bestreben, dem besiegten deutschen Fürsten eine Demüthigung zuzufügen, hätte ausgelegt werden können. Sobald sich daher der König von Sachsen überzeuge, daß die Bedingungen, die man ihm antrug, rein und allein im Interesse deutscher Gesamt-Sicherheit formulirt waren, daß man nicht so sehr an sein Gefühl der Niederlage, als an seinen deutschen Patriotismus und an seine Verpflichtung für das Wohl des sächsischen Volkes appellirte, so mußten seine Bedenken schwinden und das Friedenswerk rasche Fortschritte machen. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß inmitten der Theilnahme Sachsens an den Schicksalen und Arbeiten des regenerirten Norddeutschlands alle mißlichen Erinnerungen, die sich noch bei einzelnen Klassen der sächsischen Bevölkerung an den Krieg künftigen möchten, verschwinden werden. Je mehr diese Hoffnung sich verwirklicht, desto mehr wird man dem Königreiche alle diejenigen Bestimmungen, die wie eine mißtrauische Kessel aussehen würden, erlassen können. Es ist nicht die Sache Preussens, in dem von ihm geschaffenen Staaten-Komplexe durch Erregung bitterer Empfindungen und Nebenbuhlerschaften die heilsame Wirksamkeit der gemeinsamen Institutionen zu beeinträchtigen. Das feinsinnige, arbeitsame, einsichtige sächsische Volk wird volle

Gelegenheit behalten, seine Eigenschaften zum Vortheile des Ganzen zu entwickeln, und die Zeit ist nicht mehr fern, wo es einsehen wird, daß die schwere Krise, welche es nunmehr bestanden hat, zu seinem Besten ausgefallen.“

Diese milde Sprache läßt wenigstens auf eine gewisse Nachgiebigkeit und erhebliche Zugeständnisse an die Selbstständigkeit des Königs von Sachsen schließen. — In einer Volks-Versammlung in Dresden ist der Beschluß gefaßt, bei der Landeskommission Protest gegen den Zusammentritt des sächsischen Landtages zu erheben, da die wiederhergestellten Stände weder rechtlich noch sachlich Vertreter des Volkes seien, und im Anschluß daran soll eine Petition zu einer verfassungsmäßigen Volksvertretung eingereicht werden. — Der Großherzog von Oldenburg soll für seinen Verzicht auf die Erbansprüche in Schleswig-Holstein außer einem Gebietszuwachs zur Abrundung des oldenburgischen Gebietes noch eine Baarsumme von einer Million Thalern erhalten. — In der badischen Abgeordnetenversammlung ist neben der Zustimmung zum Waffenstillstands- und Friedensvertrage beantragt worden, die Kammer wolle zu Protokoll erklären, die Regierung möge:

- 1) den Eintritt der süddeutschen Staaten, insbesondere Badens, in die Verbindung der norddeutschen Staaten zur möglichen Wiederherstellung eines Gesamtdentschlands mit aller Entschiedenheit erstreben;
- 2) bei diesen Bestrebungen danach trachten, daß bei der Gestaltung des bundesstaatlichen Verbältnisses nicht nur die hiermit verträgliche Selbstständigkeit der Einzelstaaten in ihren inneren verfassungsmäßigen Zuständen erhalten, sondern dafür auch eine gewisse Gewähr durch die Bundesverfassung erlangt werde;
- 3) bis zur Erreichung des bezeichneten Zieles jede irgend mögliche Annäherung Badens an Preußen und den norddeutschen Bund sowohl auf volkswirtschaftlichen Gebieten, als durch vertragsmäßige Sicherung des Zusammengehens für den Fall eines Krieges und Verabredung dem entsprechender militärischer Einrichtungen zu erreichen suchen.

Der Nürnberger Arbeiter-Verein hat eine Eingabe an die Kammer der Abgeordneten zu richten beschlossen, des Inhaltes, daß bei den Wahlen zum Landtage, sowie in den Gemeinden das allgemeine Wahlrecht mit geheimer Abstimmung eingeführt werde. In einer gleichzeitig beschlossenen Eingabe an den Sozialgesetzgebungs-Ausschuß wird die Bitte gestellt, darauf zu halten, daß neben voller Gewerbefreiheit, freiem Anfassmachungs- und Niederlassungsrecht, vollständiger Freizügigkeit auch die volle Freiheit zur Association der Arbeiter unter sich zur Besprechung ihrer Angelegenheiten und ihre Theilnahme am Staats- und Gemeindeleben, sowie das communale allgemeine Stimmrecht den Kern und Inhalt der künftigen socialen Gesetze bilden. Dieselbe Eingabe stellt endlich die Bitte, der citirte Ausschuß möge königl. Staatsregierung veranlassen, die eingebrachten Gesetzentwürfe sofort durch den Druck zu vervielfältigen, um dem Lande, namentlich den zunächst Theilhabenden Gelegenheit zu geben, ihre Ansichten noch zur rechten Zeit und am rechten

Orte zur Vorlage bringen zu können. — Der Redakteur des „Volkboten“, welcher des Vergehens der Amtsehrebeleidigung gegen den Generalstabchef der bayerischen Armee, Freiherrn v. d. Tanner, den er der Unfähigkeit bezichtigt hatte, angeklagt war, ist von den Geschworenen in München freigesprochen worden, da die Verhandlung so viele Punkte, die zu Gunsten des Angeklagten sprechen, ergaben, daß die Geschworenen keinen Anlaß an ihrem Wahrspruche zweifeln konnte. Da die Spitze des angeklagten Artikels hauptsächlich gegen den Oberbefehlshaber Prinz Karl gerichtet war, so bringt man die Nachricht, daß Prinz Karl nicht nur seine Chargen in der bayerischen Armee niederlegen, sondern auch von seinen Stellungen als Ehrenchef der ihm verliehenen österreichischen, preussischen und russischen Regimenter zurücktreten wird, mit jenem Urtheilsprache in Verbindung. — Der Kaiser von Oesterreich soll in Bräun versichert haben, „er werde mit aller Energie das Werk des Verfassungsausgleiches in die Hand nehmen.“ Die Kunde hört man gern, allein — es fehlt der Glaube. Die ungarischen Blätter lassen sich unterdeß sehr mißvergnügt über die Verzögerung der Einberufung des ungarischen Landtages aus. Die Cholera, welche als Grund der Verzögerung angegeben wird, ist in Ofen und Pest fast erloschen. Sodann wird aus Wien berichtet, daß die Verhandlungen Preussens mit dem Erbprinzen von Augustenburg wegen Verzicht auf seine Ansprüche gegen Entschädigung im vollen Zuge seien.

Aus Frankreich meldet der Lyoner „Progres“, daß die elf Abgeordneten der Lyoner Seidenarbeiter bei ihrer Zusammenkunft mit dem Rhone-Präfecten folgende Forderungen gestellt haben:

- 1) Die Eröffnung von Werkstätten, welche dazu bestimmt wären, die ohne Arbeit und Unterhalt sich befindenden Weber zu beschäftigen.
- 2) Eine Untersuchung anstellen zu lassen über die Ursachen des allgemeinen Mißgeschicks, welches die Weberei in Lyon heimsucht.
- 3) Zu untersuchen, welche Ausdehnung der Schaden hat, welchen die Weberei auf dem Lande verursacht.
- 4) Aufhebung des Octrois, dessen beständige Zunahme dem Arbeiter von Lyon Lasten auferlegt, die über seine Kräfte gehen und ihm nicht gestatten, gegen die Landarbeiter aufzukommen.
- 5) Annahme des neuen Gesetzes über die Gesellschaften, sobald die legislative Session eröffnet wird.

Der Lyoner „Progres“ giebt zu verstehen, daß die Ultramontanen bei der dortigen Arbeiterbewegung die Hand im Spiele haben. Siehe darüber unseren Pariser Special-Correspondenten.

Die Volksabstimmung in Venetien über die Einverleibung in das Königreich in Italien ist am 21. October unter der größten Begeisterung vollzogen worden. Fast die gesammte wahlfähige Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande hat mit „Ja“ gestimmt. — Das künftige Schicksal des Papstes nach dem Abzuge der französischen Truppen beschäftigt die Journale aller Länder auf das Lebhafteste. Die Nachrichten über sein Verbleiben, wie sein Verlassen Roms nach dem Abzuge halten

sich mit gleicher Sicherheit die Wage. Wir können sie uns deshalb vorläufig ersparen.

In **Spanien** geht ein finsterner Geist um. Alles fühlt sich wie befangen von der Schwüle vor einem Gewitter. Die öffentliche Presse ist todt, eine Reihe liberaler Blätter ist unterdrückt, das Erziehungswesen durch königliches Decret in die Hand von Reactionären und Blünstingeln gegeben.

Nach direkten Nachrichten der „Presse“ aus **Kandia** wäre der dortige Aufstand so gut wie unterdrückt und alle Nachrichten von griechischen Siegen Schwindel. Wir zweifeln daran.

Nach Depeschen aus **Amerika** haben die Radikalen bei den Congreßwahlen auch in Iowa, Ohio und Indiana gesiegt. Johnson, heißt es, wird jetzt versuchen, seine Stellung durch eine Unternehmung nach außen zu retten. Die Vorbilder, welche ihm vom alten Welttheile hierfür geboten werden, sind verlockend genug. — Der österreichische Kriegsdampfer „Elisabeth“ ist nach Mexiko abgegangen, wahrscheinlich, um den Kaiser Maximilian nach Europa zu bringen.

Ausland.

H. Paris, 21. Octbr. [Letzte Zuckungen der dahinscheidenden römischen Hierarchie. Die Lyoner Arbeiter.] Beim Herannahen der Verkältheit der zeitlichen Macht des Papstes bietet die in den letzten Zügen liegende römische Hierarchie noch ein Mal die heilige Miliz, das ganze Corps der Jesuiten auf, um der Welt ihren Untergang zu prophezeien, wenn sie sich nicht in der letzten Stunde noch zum Bessern bekehrt. Während der bekannte Erzbischof von Orleans Bourgeoisie und Regierung durch mehr oder weniger falsche und übertriebene Berichte über den Studentencongrès in Lüttich und Arbeitercongrès in Genf, deren angebliche Doctrin er in seinem Hirtenbrief citirt, abzuschrecken sucht, zettelt die clerikale Partei in Lyon eine Arbeiteremete an, verschiebt sie in Sicien ihr letztes Pulver, bemächtigt sie sich der Gewalt in Spanien, und hofft sie noch immer, durch eine andere spanische Beschwester auch in Frankreich ihren Einfluß wieder zu gewinnen. Aber wie schwer es auch sonst noch sein mag, den Schleier der Zukunft zu lüften, welchen wir in Folge der jüngsten großen Ereignisse entgegen gehen. Ein Resultat wenigstens hat sicher die Schlacht von Königgrätz erzielt: Italien wird nicht mehr vor der imaginären Citadelle des Papstthums stehen bleiben, nachdem seine Fahnen auf dem Festungsviereck wehen, und Frankreich bedarf heute viel zu sehr

der italienischen Allianz, um sich wegen der römischen Frage mit Italien zu überwerfen. War für Deutschland die große Niederlage Oesterreichs der erste Grundstein, so war sie für Italien der letzte Schlussstein in dem Gebäude der nationalen Einheit und Freiheit. Die dem vollendeten Bau gegenüber zerplänzelten wie Seifenblasen alle Geschosse, die noch Seitens der clerikalen und sonstigen reactionären Parteien auf das moderne Italien gerichtet werden können. In der That ist der Hirtenbrief Dupanloup's an dem Spotte der Liberalen und an dem Hohne der Radikalen abgeprallt. Die wirkliche Volkspartei aber, ich meine die der Arbeiter, ignoriert vollständig den Streit um des Papstes, wie den um des Kaisers willen, da sie mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaft beschäftigt ist, in welcher für diese mittelalterlichen Mächte kein Raum mehr vorhanden ist. Welche Fortschritte in dieser unserer eigenen Partei gemacht worden sind, geht an deutlichsten aus dem Umstande hervor, daß sie ihre Ziele, die früher mehr oder weniger versteckt verfolgt wurden, jetzt am hellen Lichte vor aller Welt Augen zur Schau stellt, und sich auch selbst ihrer viel klarer bewußt ist. Was sind die Reformbewegung in England, die Agitation des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins und die in Frankreich von Tag zu Tag sich mehr ausbreitenden und vereinigenden Productiv-Associationen, was sind sie anders, als die zu neuem, höherem Leben und praktischem Wirken wieder erwachten ehemaligen vereinzelten Bewegungen der Chartisten, Socialisten und Communisten? — Woher kommt es, daß die vorurtheilsfreien Männer aus der Bourgeoisie selbst, die sonst eine so große Angst vor die Partei hatten, heute sich denselben anzuschließen beginnen? — Daher, weil auf allen Seiten die Einsicht in die reale Lage der Dinge zugenommen, weil das, was früher als Gespenst erschien, schon Fleisch und Blut angenommen hat und man, statt Furcht vor dem Unbekannten zu hegen, schon mitten auf dem Wege sich befindet, der zur vollständigen Umgestaltung der Feudal- und Kapital-Herrschaft in die Herrschaft der Arbeit führt. Ich habe oben des Verjudes der clerikalen Partei erwähnt, in Lyon eine Hungeremete anzuzetteln. Die Arbeiter sind aber nicht in die Falle gegangen; sie haben vielmehr der Behörde eine Denkschrift eingereicht, in welcher sie, zur momentanen Abhilfe ihres gräßlichen Elends, die Errichtung von Werkstätten durch den Staat verlangen. Dann wünschen sie, daß eine Untersuchung über die Ursachen der jetzigen Brodlosigkeit angestellt werde. Sie weisen mit Recht darauf hin, daß die städtischen

Arbeiter bei dem hohen Deiroi, welche die Lebensmittel in der Stadt vertheuert, nicht mit dem ländlichen Seidenweber konkurriren können. Diese Stadtböden treffen sie erst seitdem die Arbeiterquartiere Croix-Rouge, Baise und Guilloiere mit der Stadt verbunden wurden, was bekanntlich unter dem Empire geschehen ist.

Vereins-Beil.

A. Berlin, 23. Oct. (Social-demokratischer Arb.-Verein. Öffentliche Versammlung.) Die gestrige Versammlung, in welcher auch viele Gäste gegenwärtig anwesend waren, bot ein sehr bewegtes Bild, wenigstens im zweiten Theile ihres Verlaufs. Vor der Pause verlas der Vorsitzende den größten Theil einer Broschüre, welche der Feder eines bewährten und in den Kreisen der social-demokratischen Partei hochverehrten Vorkämpfers des Socialismus entstammt: nemlich den Vortrag „Rechte der Arbeit“ von M. Hess, bereitet in Paris. Die Versammlung folgte dem Inhalt der Broschüre mit großer Aufmerksamkeit und nahm dieselbe mit dem ihr gebührenden Beifall auf. — Nach Beendigung der Vorlesung Pause. —

Nach der Pause fragt der Vorsitzende, ob Interpellationen in Betreff der Vorträge in Arnims Hotel beabsichtigt würden. In Folge dieser Anfrage wird folgende Interpellation an den Vortragenden gestellt:

Derselbe habe gesagt, der Zins müsse abgeschafft werden; was nun ein Arbeiter machen solle, der seine Ersparnisse zurückgelegt habe, um im Alter vom Zins derselben zu leben? (Heiterkeit.)

Der Vortragende beantwortet dies etwa so:

Zunächst sei ihm ein Arbeiter, der in seinem Alter von den Zinsen seiner Ersparnisse als kleiner Rentier lebe, eine Erscheinung, an deren Existenz er zweifeln müsse. (Rufe: Jawohl!) Wenn in den Vorträgen von Abschaffung des Zinses die Rede gewesen sei, so möge man nicht vergessen, daß dies für einen zukünftigen Gesellschaftszustand, nicht für die heutige Gesellschaft, ja nicht einmal für das Uebergangsstadium gemeint sei. Wenn man sich aber einen Augenblick in die zukünftige Gesellschaft, wie sie die socialistische Richtung sich denke, hineinversetzen wolle, so gestalte sich die Sache so: ein Jeder erhält voll die Früchte seiner Arbeit und kann beliebig dieselben ausgeben oder sparen; im letzteren Falle behält er diese Werte jederzeit zur Verfügung. Ich möchte doch wissen — fährt Redner fort — ob nicht heut schon die Arbeiter ihre Ersparnisse nur darum machen, weil sie für etwaige Unglücksfälle, Krankheit, Arbeitslosigkeit u. s. w. einen Rückhalt haben wollen, nicht aber um der Zinsen willen. Was die Hauptsache liegt in Folgendem: die Altersschwachen müssen wie die Arbeitsunfähigen überhaupt vom Staate ernährt werden; nicht auf dem Wege des Almosen, sondern weil sie ein Recht darauf haben. Wer sein Leben hindurch fortwährend durch Arbeit seine Schuldigkeit gegen die Gesellschaft gethan hat, der hat,

Feuilleton.

T. Populäre Beleuchtung der jetzigen Groß-Industrie und der künftigen Productiv-Associationen.

(Fortsetzung.)

Das Schleifen der Nadeln geschieht auf Sandsteinen. Die atomleichten Theilchen des Schleifstaubes (Sandstein- und Eisen-Theile) verbinden sich zu einer penetranten, feinpulverförmigen Substanz, welche, sobald sie mit Nässe in Verührung kommt, einen unauflösblichen Kitt bildet, der Alles anfrisst und zerstört, worauf er sich festsetzt, selbst Crystallglas und hartpolirten Stahl nicht ausgenommen. Von diesen äußerst feinen, Gemisch vereinigten Staubtheilchen, mit welchen die Luft der Schleifereien geschwängert ist, genügt die geringste tägliche Dosis zur Erzeugung der sogenannten Schleiferkrankheit, zur Zerstörung von Gesundheit und Leben des Arbeiters, der sich im Bewußtsein eines unabwehrbaren frühzeitigen Todes und in dem Wahne, dadurch die Wirkung des Giftes vermindern zu können, in der Regel dem Laster der Trunksucht ergibt.

Die Staats-Regierungen, namentlich die preussische und bayerische, haben zur Abwendung der mit der Nadel-schleiferei verbundenen Gefahren verschiedene Palliativ-mittel vorgeschrieben, z. B. nasse Schwämme, welche die Schleifer vor Mund und Nase hängen, künstliche Schleifsteine an Stelle der Sandsteine, das Feugert'sche Ventilationsystem in Verbindung mit den Redor'schen Schutzlappen, welche auch in England (Kochbitz) Anwendung finden; allein sämtliche Mittel erwiesen sich als ungenügend, weshalb der in Berlin domicilirte „Verein zur Beförderung des Gewerbesieges in Preußen“ sich veranlaßt fand, eine Prämie von

1000 Thlr. auf die Erfindung einer neuen Schleifart auszugeben, welche alle Gefahren beseitige, gleichwohl aber in Qualität und Quantität hinter den Leistungen der bisherigen Schleifmethode nicht zurückbleibe.

Dem Mechaniker und Nadelfabrikanten Herrn Franz Joseph Graf in Haaren bei Aachen, einem um die Nadel-fabrikation hochverdienten Manne, war es nach langjährigen Versuchen unter Anspornung eines nicht unbedeutenden Vermögens gelungen, eine Nadelspitz-Maschine herzustellen, bei welcher statt der Sandsteine geschärftes Kupfereisen als Spizen (Schleifen) der Nadeln besorgt, so daß durch den Wegfall der Sandsteine alle Gefahr, mit der Ursache deren Wirkung beseitigt wurde. Die von der preussischen Regierung patentirte Maschine entsprach allen Anforderungen vollständig, indem sie die Nadelspitzen zu einem erheblich niedrigeren Preise in so ausgezeichnete Qualität und in so großer Quantität herstellte, wie es bei dem früheren System nicht möglich war. — Herr Graf trat mit dem preussischen Handels-Ministerium wegen Ankauf seiner Erfindung in Unterhandlung und das Ministerium mit dem Nadel-fabrikanten Preußens wegen Uebernahme der Hälfte des von Herrn Graf geforderten Kaufpreises. Die Herren Fabrikanten lebtenen das ministerielle Ansuchen einfach ab, worauf das preussische Handels-Ministerium dem Herrn Graf eröffnete, daß es auf einen Ankauf der Erfindung nicht eingehen könne und Herrn Graf überlassen müsse, sich mit den Fabrikanten wegen Einführung seiner Maschine zu verständigen. — Jawohl! Der Ankauf der Maschine erforderte Geld, wegen der unglücklichen Schleifer sich massenhaft ohne Kaufpreis finden lassen. —

Inzwischen hatte der Commerzienrath Herr Schleifer in Schöndorf bei Aachen ein Patent auf einen Schleifapparat empfangen, welcher in Beziehung auf die Quantität die Graf'sche Spitzmaschine übertrifft, dagegen

im Verhältniß mit der ältern Schleifmethode die Sterblichkeit der Arbeiter bedeutend vermehrt, weil auch bei dem Schleifer'schen Apparat Sandsteine das Schleifen verrichten und neben der größeren Menge Spizen eine im gleichen Verhältniß größere Masse tödtlichen Schleifstaubes erzeugen.

Die Geschehung aller civilisirten Völker schätzt Gesundheit und Leben der Staatsangehörigen durch strenge Verstrafung absichtlicher oder fahrlässiger Körperverletzung, durch Belohnung für Rettung aus Gefahr und durch unzählige Vorschriften und Siderbeis- und Sanitäts-Polizei; im Fabrikswesen durch Anstellung besonderer Inspectoren, durch Verbot resp. Regelung der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, durch Einführung von Kranken- und Invaliden-Unterstützungs-Kassen mit zwangsmäßiger Beitragspflicht der Arbeiter und Arbeitgeber u. s. w.; — sobald es sich aber — das beweist unter vielen andern Fällen der Graf'sche unwiderleglich — darum handelt, die Massensubstitution zum Nachtheile der Groß-Industrie unbedeutend zu beschränken, um amtlich constatirte Gefahren für Gesundheit und Leben einer zahlreichen Arbeiterklasse radikal zu beseitigen, dann ist die „Geschehung“ ohnmächtig, weil — — Nun, ich erinnere daran, daß Passalle der deutschen Arbeiterschaft das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht nicht ohne Grund als das nächste politische Ziel bezeichnet hat. —

Zur zwangsmäßigen Einführung der Graf'schen Nadelspitz-Maschine lauden sich die betreffenden deutschen Regierungen denn auch eben so wenig „veranlaßt“, wie der Berliner „Verein zur Beförderung des Gewerbesieges für Preußen“ zur Prämiation derselben. Seitdem fabriziren die Nadel-fabrikanten und haben die Schleifer im hochentwickelten Deutschland — ruhig weiter. Und der patentirte geniale Erfinder —

Der damalige Minister-Präsident, Fürst von Hohen-

so bald er durch Altersschwäche arbeitsunfähig geworden ist, ein Recht darauf, von der Gesellschaft unterhalten zu werden. Es ist also im Staat der Zukunft, wie er erstrebt wird, durchaus nicht nöthig, daß ein Arbeiter „Zinsen“ von Ersparnissen beziehe.

In Anknüpfung hieran entspinnt sich in der Versammlung ein sehr lebhafter Debatte, in welcher von Seiten der Arbeiter mehrfach hervorgehoben wird, daß, wenn ein Arbeiter spare, dies beschehe, um einen Nothpfennig zu haben, nicht aber um des Zinses willen, der bei den Summen, die ein Arbeiter ersparen könne, immer sehr unbedeutend seine müsse.

Herr Richter (Mitglied des Schulze'schen Berliner Arbeiter-Vereins): Herr v. Schweiger hat uns in seinen Vorträgen klar gemacht, was Kapital ist. Nach meiner Meinung ist aber meine Kleidung und Wirtschaft auch Kapital. Ich bin, außer wenn ich ganz nackt und bloß dasse, immer Kapitalist; insofern sehe ich mit den Millionären auf gleicher Stufe. (Große Heiterkeit.)

Von anderer Seite wird hervorgehoben, die Frage sei nur: Spart der Arbeiter hauptsächlich, um von dem Ersparten Zinsen zu beziehen, oder spart er hauptsächlich darum, um in Fällen der Arbeitslosigkeit, Krankheit u. einen Rückhalt zu haben?

Herr Kayer: Von Sparen kann jetzt bei dem Arbeiter überhaupt gar nicht die Rede sein; selbst vor dreißig Jahren, wo es noch eher möglich gewesen wäre, hatte der Professionist eben nur soviel zurückgelegt, um in persönlichen Unglücksfällen einen Nothpfennig zu haben. Dieser Handwerkerstand ist aber jetzt ganz verschwunden, es existirt nur noch ein Arbeiterstand, der so belohnt wird, daß er nicht sparen kann. Nur einige wenige in den Fabriken bekommen mehr, das sind nämlich diejenigen, die die Pseife haben, nach welcher die Anderen tanzen müssen. Während dieselben aber gewahrt werden, daß einer ihrer Arbeiter ein Wort redet, wohl gar hier im Verein, so wüßte er wahrscheinlich aus der Fabrik hinausgeworfen. — Früher schätzte man noch die Kenntnisse des Handwerksmeisters, heute ist er lediglich zu einem Arbeiter herabgesunken.

Herr Wegner: Wenn der Arbeiter sich jetzt genöthigt sieht zu sparen, etwa um einen eigenen Herd zu gründen, oder, nachdem ihm dies gelungen, für allerlei bereits bezeichnete Unglücksfälle einen Hinterhalt zu haben, so kann er dies nur bewerkstelligen dadurch, daß er sich das Ersparte von seinem Lebensunterhalte abdarbt. Wegen der Zinsen spart kein Arbeiter.

Herr Richter: Zwischen jetzt und vor dreißig Jahren ist ein gewaltiger Unterschied. Der heutige Arbeiter ist dem von vor dreißig Jahren um hundert Jahre voraus. Damals ging man in der schlechtesten Kleidung, heute hat Jeder einen guten Rock. Heute sind wir nicht zufrieden, dies ist auch ein Vortheil, und haben, wenn auch nur beschränkte, Freizeit und Versammlungsrecht, was man damals nicht konnte.

Herr Freyler: Wenn Herr Richter gewußt hätte, was Kapital ist, so würde er seinen Rock und seine Wirtschaftssachen nicht zum Kapital gerechnet haben, denn diese sind Bedürfnisgegenstände, nicht Kapital. Herr v. Schweiger hat uns auseinander gesetzt, wie die heutigen Kapitalbesitzer um Kapital gekommen sind. Unter Kapital versteht man heute das arbeitende,

erwerbende Vermögen, nicht den Rock und die Kaffeelanne. Heute heißt es: „Arbeiter, komm her und arbeite für mich, soviel wie ich denke, werde ich Dir von dem Ertrage Deiner Arbeit geben, das Uebrige ist mein.“ Das ist Kapital! — Freilich war es früher anders; die Arbeiter trugen keinen guten Rock und keine goldene Uhrkette, aber sie lebten besser. Der Geßel als beim Meister, so daß er, selbst wenn er des Sonntags seinen ganzen Lohn ausgab, doch in der Woche nicht zu darben brauchte, und vor einem guten Gesellen hatte man damals Achtung. — Die Arbeit hat noch niemals Kapital gebracht, aber die Speculation und eine gewisse Portion Gewissenlosigkeit! Und wenn der Arbeiter heute auch zehn Thaler per Woche verdient, so seien auch die Preise derart gestiegen, daß er die zehn Thaler vollständig gebrauche, denn er wolle dann nicht nur leben, sondern auch das Leben genießen. Was heißt leben? Im Arrest lebt man von Wasser und Brod und stirbt nicht dabei; aber was der Arbeiter heute an seinem Leibe thut, das muß er innerlich erdulden.

Von anderer Seite wird hervorgehoben, es sei allerdings als ein Vortheil zu betrachten, daß sich die Arbeiter heute um Politik kümmern und daß man jetzt Vereinsrecht habe, was vor 30 Jahren nicht der Fall gewesen sei; aber darum handele es sich hier nicht. Es frage sich, ob der Arbeiter vor 30 Jahren materiell besser gestanden habe.

Herr Schilling. Vor zwei Jahren bewiesen die Buchdruckergehälfen in einer von ihnen herausgegebenen Broschüre, daß die allernöthigsten Ausgaben einer Familie von Mann, Frau und drei Kindern sich durchschnittlich auf 7 1/2 Thaler pro Woche belaufen; da der Arbeiter aber nur 5 Thaler verdient, kann sich wohl ein Jeder sagen, daß von Sparen keine Rede sein kann. Im Gegentheil: die Wohnung wird voll Schlafleute gelagert die Familie muß in der Küche wohnen, und so wird der Familienfrieden und das Familienleben gestört, und wenn die Mithzeit da ist, trägt der Mann sein wenig in's Pfandhaus, wenn er überhaupt noch etwas zu verpfänden hat. Sobald wir nicht eine bessere Gesetzgebung für den Arbeiter haben, heißen auch Gewerbfreiheit und Freizügigkeit nur soviel als: Gehe hin und verhungere, wo Du Lust hast. — (Bravo.)

Herr Wegner. Der Arbeiter vor dreißig Jahren lebte vor Allem gut, der heutige lebt schlecht und sagt: In den Tagen sieht mir Niemand! um sich nur einen ordentlichen Rock anschaffen zu können. Heute denkt er mehr an sein politisches Recht und darum theilt er sich an Politik. Der Arbeiter hat heute mir mehr erkannt, was ihm fehlt, besser aber geht's ihm gar nicht, und ein Verbrechen ist es, wenn man die Noth der Arbeiter weglugnet oder beschönigt und ein doppeltes Verbrechen ist es, wenn dies von einem Arbeiter geschieht. (Beifall. Lärm.)

Herr Richter. Vor dreißig Jahren war der Arbeiter nur ein Sklave, ein Thier, das man an die Krippe stellte. (Lebhafte Widerspruch — Rufe: Nicht mehr als heute!) — — Wir petitioniren jetzt, Sie aber nicht, wir wollen nicht auf den „Staat der Zukunft“ warten. Man muß die kleine tacite Majorität in der Kammer unterstützen, das haben wir uns zur Aufgabe gemacht und das wäre auch die Ibrige.

Herr Schilling. Nicht früher, heute ist der Arbeiter ein Sklave unter der Herrschaft des Kapitals mit seinen Maschinen. — Auffallend ist es, daß der Berliner Arbeiter-Verein sich mit seiner Diätenpetition diesmal an Johann Jacoby und nicht an seinen Vater Schulze aus Delitzsch wandte. Es scheint, als ob er Ihnen selbst nicht mehr genügt!

Herr Richter. Die Petition wurde außer Johann Jacoby auch Schulze-Delitzsch und Dr. Waldeck zugestellt. Unser Schulze bleibt immer unter Schulze (Heiterkeit) es ist ja nicht nöthig, daß er auch Ihr Schulze sei. (Große Heiterkeit.)

Herr Wegner. Was das „unser Schulze“ betrifft, so sollten die Arbeiter doch nicht eine Puppe verehren, wer es auch sei, sondern sich mit ihren Interessen beschäftigen und ihre Lage zu bessern suchen. Petitionieren heißt auf Deutsch einfach „bitteln“. (Sehr richtig!) Und haben wir uns gegenseitig verstanden, so brauchen wir nicht zu bitteln.

Der Vorsitzende: Es handelt sich zunächst darum, festzustellen, ob der Arbeiter vor dreißig Jahren besser gelebt hat, als heute.

Herr Schumann. Selbst der Magistrat giebt jetzt für ein Pflgekind monatlich 3 Thlr., während er früher nur 2 Thlr. gab, denn er hat erkannt, daß es heute nicht mehr möglich ist, ein Kind so billig zu ernähren, wie früher. Wir müssen es aber doch ernähren zum alten Preis, da wir nicht mehr Lohn bekommen.

Herr Koller. Vor dreißig Jahren war der Arbeitslohn fast eben so hoch, wie heute, aber die Lebensmittel waren nur halb so theuer, folglich stand der Arbeiter besser da als heut. Früher war bei den Gesellen der „blaue Montag“ an der Tagesordnung, ja oft arbeiteten sie die halbe Woche nicht und hatten doch keine Noth. — heute wird es Niemand einfallen, auch nur einen halben Tag von der Arbeit wegzubleiben. Früher hatten die einzelnen Gewerke große Feste unter sich, wie z. B. die Tuchmacher das Mottenfest, die Raschmacher das pompöse Fliegenfest u. alles das ist untergegangen, weil heut Keiner mehr Geld hat, dergleichen anzumachen.

Herr Richter. Damals existirten gar keine verarbeiteten Gesellen, die verbeiratet waren, nannte man „Sackreißer“. Der Lohn war nicht so glänzend; in meinem Geschäft war nicht mehr zu verdienen, als 1 Thlr. pro Woche und freie Beschäftigung und frei Schlafen.

Herr Schilling. Die Sterblichkeit war früher unter den Arbeitern nicht so groß wie heute. In der Klasse der Buchdrucker sterben jetzt von 160 Personen 120 an der Schwindsucht! Es liegt dies an der Ausnützung des Arbeiters durch das Kapital; es ist dies das weiße Sklaventhum! — Es ist unsere Aufgabe, Zustände herbeizuführen, in denen der Mensch wieder als Mensch leben kann, und darum haben wir uns auch wohl um Politik zu kümmern, damit wir möglichst bald ordentlich bei der Gesetzgebung mit vertreten sind.

Herr Schumann: Hr. Richter erwähnte vorhin, daß früher des Morgens der Meister kam und die Gesellen weckte; nun, heute weckt ihn Keiner, aber man macht ihm die Thür der Fabrik vor der Nase zu, wenn er fünf Minuten zu spät eintreffe, und er bekommt Geld für 1/4 Tag abgezogen, während früher etwas dergleichen nicht vorkommen konnte.

zollern hatte nach sorgfältiger Prüfung der Erfindung gegen ihn geäußert:

„Ich habe mich überzeugt, daß Ihr Werk eine außerordentliche Erfindung ist, und ich mache Ihnen das Compliment, daß Sie sich um den Staat und die Menschheit verdient gemacht haben, wofür Ihnen Anerkennung gebührt.“

Und jetzt? Wenn Gram, Kummer und Noth den alten Mann noch nicht dahingerafft haben, dann möge er auf dem horren Lager seiner „industriellen Vorbeern“ sich trösten mit dem Schicksale mancher Unglücksgefährten. Unsere Damenvwelt aber wird beim Gebrauch einer Nadel auch ferner dem unheimlichen Gedanken Raum geben müssen, daß an deren Spitze ein Theil eines Menschenlebens lebt.

4. Die Rücksicht auf den mir zu Gebote stehenden Raum gestattet es nicht, aus der Menge, Gesundheit und Leben der Arbeiter gefährdender industrieller Unternehmungen, welche in Folge unbeschränkter Konkurrenz des Kapitals fortwährend wie giftige Pilze aus der Erde wachsen, noch mehrere hervorzuheben. Andersfalls müßte auch meine schlichte Abhandlung zu einem Riesenvorteil anwachsen, in welchem auf jedem Blatte ein dem Mammone geopertes Menschenleben verzeichnet wäre. — Die Bemerkung sei mir noch erlaubt, daß die Herstellung einer einzigen Farbe — Carmoisin — jährlich einer nicht unbedeutenden Anzahl von Arbeitern das Leben kostet.

Uebrigens genügt zu meinem Zwecke die obige Auswahl.

5. Die unwürdige Behandlung der Arbeiter durch Arbeitgeber und Meister ist im „Social-Demokrat“ mehrfach Gegenstand der Besprechung gewesen. Prin-

zipiell ist dieselbe insofern von Bedeutung, weil sie beweist, daß man die Arbeiter nur als Sache, lebendige Maschinen oder Waare betrachtet; weil ferner die unwürdige Behandlung ein Ausfluß der „strengen Subordination“ ist, welche der National-Oekonom W. Koller als eine unerläßliche Bedingung für das Aufblühen der Fabriken bezeichnet.

Selbst größere Actien-Gesellschaften befolgen in dieser Beziehung keineswegs „liberale“ Grundsätze, wie die vielen Strafbestimmungen des Märkisch-Bestpohlischen Bergwerks-Vereins ergeben, von welchen ich nur einzelne mittheilen will:

Wenn zur Anbringung von Beschwerden sich mehr als zwei Personen bei ihrem Vorgesetzten einfinden, dann können die Arbeiter sofort entlassen werden.

Wegbleiben vom Verlesen wird mit 1—10 Sgr. und Verlust des Tagelohnes bestraft.

Ein beurlaubter Arbeiter hat sich die Dauer seines Aufenthalts am Urlaubsorte durch die Polizeibehörde daselbst bescheinigen zu lassen und den Urlaubsschein beim Wiedereintritt zur Arbeit seinen Vorgesetzten einzuhändigen.

Strafen von 5 Sgr. bis zu 5 Thlr. sind angedroht gegen Trunkenheit im Dienst, Tabakrauchen, Veruntreuung der Abtritte und Arbeitsstellen, Schlafen während der Arbeitsschicht; gegen das Zutragen von Essen in die Arbeit, das Betreten einer anderen Werkstätte, Verlieren von Arbeitsgeräthen u. s. w.

Allen Meistern und Arbeitern ist es zur Pflicht gemacht, Veruntreuungen, welche sie entdecken oder ihnen von Andern mitgetheilt werden, sofort dem technischen Director anzuzeigen.

Den Meistern und Arbeitern ist es untersagt,

gerichtliche Klage gegen einander zu führen. — Standt der Arbeiter sich bei der Entscheidung des Directors nicht beruhigen zu können, so steht ihm der Recurs an den Verwaltungsrath offen, dessen Entscheidung er sich bei Vermeidung von 1 bis 5 Thlr. Strafe oder sofortiger Dienstentlassung unbedingt zu unterwerfen hat.

Bei Vergehen, welche in den Bestimmungen nicht vorgesehen sind, erkennt der Director die Strafe in Geld oder Dienstentlassung. — Recurs an den Verwaltungsrath, dessen Entscheidung endgültig ist. — Genug!

Unter Artikel 54 und 55 sind die berichtigten Coalitions-Paragrappen 182 und 184 der preussischen Gewerbe-Ordnung aufgenommen, und zwar wörtlich (Satzung bis zu einem Jahre u.) als integrirende Theile der Bestimmungen einer — Privat-Gesellschaft, eines Staates im Staate! —

Wie sich im Laufe der Zeiten beim fabriktirenden Geldbärgertum die Auffassung des Arbeiters als Material festgesetzt hat, darüber giebt ein Attest des „liberalen“ Fabrikarztes des gedachten Vereins offenherzig Zeugniß. Das Attest lautet:

„Dem B. bescheinige ich hiermit, daß derselbe wegen Quetschung des Fußes Arbeiten nicht verrichten kann, wobei er auf dem tranken Fuße stehen muß.“

Dahingegen wäre dieser Arbeiter bei stehender Arbeit wohl zu verwerthen.

Dr. V.“

„Verwerthen!“ Einzig richtige Bezeichnung der Bedeutung des Arbeiters in den Augen der Schlotjunker und ihrer Aerzte!

(Fortsetzung folgt.)

sch
sie
3
fühl
Gew
liber
wese
Reac
Kam
unter
Sieg
N
dita
und
jezt
nehm
welch
werde
Krieg
gange
nach
H
der
Die
Verfa
die in
noch
der
zu pr
Stun
bekan
Regie
übertr
in Lü
gebild
abjufo
Lyon
cilien
Gewä
durd
Frank
wie sch
der
jungl
Reint
König
imagi
nach
wehen
T. Pe
Die a
und C
seirpu
in Be
der A
selbst
nomm
ten E
reien
zur G
Zerst
sich i
Tobes
Gistes
der
D
und b
mittel
die S
Schle
gert
Pak
(Ret
ermi
domi
in P

Nachdem die Debatte über diese Punkte noch einige Zeit fortgedauert, giebt der Vorsitzende ein kurzes Resumee des Abends und fordert, da namentlich sehr viele Gäste anwesend waren, zum Beitritt zu dem Vereine auf, wonach er die Sitzung kurz vor 12 Uhr schließt.

Berlin, 23. Oct. (Social-demokratischer Arbeiter-Verein. Der Angerstein'sche Vortrag.) Der in der vorletzten Sitzung des Vereins von Herrn W. Angerstein gehaltene Vortrag hat ob seiner weitgehenden Tendenz in reactionären Kreisen ein gelindes Entgegenkommen verbreitet. Nicht nur die Kreuzzeitung und der Publicist haben sich darüber scandalisirt, auch der feilere „Kleine Reactionär“, jetzt „Berliner Punsch“, ist über Herrn Angerstein hergefallen. Ueberhaupt scheint der Vortrag anregend gewirkt zu haben. Aus Herlohn geht uns eine Correspondenz über diesen Gegenstand zu, die wir nachstehend veröffentlichen:

T. Herlohn, 20. October. (Direkte Volks-Gesetzgebung oder Volksvertretung?) Bei der Bedeutung dieser Frage, welche in der letzten öffentlichen Versammlung des „social-demokratischen Arbeiter-Vereins“ in Berlin verhandelt worden ist, darf ich mir wohl erlauben, hier mit einigen Worten auf dieselbe zurückzukommen.

Vom demokratischen Standpunkte aus betrachtet, erscheint die direkte Volksabstimmung über Gesetze unzweifelhaft als das richtige Prinzip; ebenso unzweifelhaft aber wäre die praktische Anwendung desselben jetzt, wenn nicht unausführbar, dann doch eher schädlich, wie nichtig. Die Gesetzgebung hat sich in Deutschland in Folge dessen langjähriger Zerissenheit in mehr als dreißig Einzelstaaten zu einer so complicirten, fast in jedem Staate und auf jedem Gebiete verschiedenen gestaltet, daß bei der allerdingen dringenden nötigen Verminderung und Umgestaltung derselben für die Gesetzgeber, wenn nicht die wesentlichsten Interessen der Nation gefährdet werden sollen, unerlässlich ist, wenigstens die Grundprinzipien der deutschen Particular-Gesetzgebung und der Gesetzgebung überhaupt zu kennen. Solche Kenntnis fehlt der großen Masse des Volkes trotz unseres gerühmten Schulunterrichts, oder vielmehr wegen dessen Mangelhaftigkeit und Einseitigkeit, sowie in Folge ihrer bisherige ängstlichen Fernhaltung von jeder Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten, vollkommen. Jedemfalls aus diesem Grunde hat Fälle der im Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein concentrirten social-demokratischen Partei das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht als nächstes politisches Ziel bezeichnet. Die Ausübung des Wahlrechts, an dessen Hand die Nation einst auch unsehbar zur direkten Gesetzgebung gelangen wird, führt die große Masse derselben in die öffentlichen Angelegenheiten gewissermaßen ein und erweckt ihr lebendiges Interesse an denselben. Hätte Fälle die direkte Volks-Gesetzgebung sofort gefordert, dann würde er selbst von denen als Phantast verlacht worden sein, die ihm jetzt einen Vorwurf daraus machen, daß er in seinen politischen Vorschlägen nicht ohne Weiteres an die äußerste Grenze gegangen ist.

Was die Unverantwortlichkeit der Volksvertreter dem Volke gegenüber und den Umständen anbetrifft, daß sie nicht die Meinung des Volkes, sondern ihre eigene, nicht den Kreis, der sie wählt, sondern das ganze Volk vertreten, so ließe sich den daraus etwa entspringenden Unzulänglichkeiten durch die geistliche Bestimmung leicht vorbeugen, daß die Wähler, falls der betreffende Vertreter ihr Vertrauen nicht rechtfertigt, berechtigt sind, ihm das Mandat zu jeder Zeit zu entziehen, unter gleichzeitiger Wahl und Entsendung eines andern Vertreters.

In anderer Beziehung hat das allgemeine Wahlrecht, wie es nach dem deutschen „Reichswahlgesetz“ nun bald in Anwendung kommen wird, insofern einen erheblichen Mangel, als die Wahl der einzelnen Volksvertreter auf bestimmte Wahlkreise beschränkt ist, wodurch ein großer Theil, möglicher Weise fast die Hälfte des Volkes, nämlich die gesammte Minorität aller Wahlkreise, unvertreten bleibt. Dieser Mangel ist seit 1848 mehrfach gerügt worden und der Vorschlag gemacht, die Wahl der Vertreter nicht an die einzelnen Wahlkreise zu binden, vielmehr Jedem, der im ganzen Lande eine bestimmte Stimmenzahl, z. B. 100,000, erhalten hat, als gewählten Volksvertreter zu betrachten. Nach diesem schon vor sechs Jahren in der deutschen und französischen Presse (Berliner „Abendpost“, „Westphälische Zeitung“, Girardin's „Presse“ etc.) empfohlenen Vorschlage, welchem zufolge kein Interesse gegen ein anderes im Nachtheile bleibt und alle Parteien ihre erwählten Vertreter erhalten, alle Wünsche ihren natürlichen Ausdruck finden, — ist es, wie Girardin behauptete, ebenso einfach, den Volkswillen zu erkennen, als es leicht ist, die Uhr aus der Tasche zu ziehen und zu wissen, was es an der Zeit ist.

Wohlan! Wäge das künftige „Reichs-Parlament ad hoc“, trotzdem es zum Gaudium der mecklenburgischen Mitternacht von dem fortschrittlichen preussischen Ab-

geordnetenhanse zu einer „beratenden“ Commission degradirt ist, den der Gerechtigkeit entsprechenden Vorschlag nicht unberücksichtigt lassen!

Vermischtes.

* (Eine gebäffige Notiz gegen die englischen Arbeiter) läuft durch die Blätter. Dieselben schreiben nämlich aus London:

„Die Londoner Bäcker-Gesellen verlangen eine Erhöhung der Arbeitslohnung und eine Herabsetzung der Arbeitszeit, widrigenfalls sie mit ArbeitsEinstellung drohen. Das sollte noch. Seit Jahr und Tag kommt es nicht selten vor, daß von Gewerks-Gesellschaften der schlimmste Terrorismus ausgeübt wird und einzelne Handwerker, die den Vereinigungen zu Arbeiter-Coalitionen nicht beitreten wollen, an Leib und Leben geschädigt werden. Die Methode ist meist die, daß den Verfolgten nächtlicher Weise Gesäße mit Pulver ins Haus geschleudert werden. Am häufigsten sind solche Schießlichkeiten in Birmingham und Sheffield; so wurde unlängst in letzterer Stadt ein Sägen-Schleifer in seiner Wohnung neigend in die Luft gesprengt. Es wurde zwar eine Belohnung von 500 L. auf die Entdeckung der Thäter gesetzt, doch ohne Erfolg. Seitdem ist die ausgesetzte Summe auf das Doppelte erhöht worden. Die neueste derartige Schandthat wird aus Nottingham gemeldet, wo ein Bauarbeiter, der dem Strike seines Gewerbes beizutreten sich weigerte, von Kerlen mit geschwärzten Gesichtern aufs ärgste mißhandelt worden ist, so daß er jetzt auf den Tod verurtheilt im Spital liegt.“

Wir wissen nicht, wie viel hiervon erlitten ist; höchst wahrscheinlich ein gut Theil! Aber selbst angenommen, es wäre Alles reine Wahrheit, warum gleich so gebäffig sein und ein so strenges Urtheil fällen? Excesse der gedachten Art sind sicherlich nie zu billigen; aber ein mildes Urtheil ist denen gegenüber wohl am Platz, die Jahr aus Jahr ein arbeiten müssen, um Andern Reichthümer zu verschaffen. Wenn denn einmal im Bewußtsein eines guten Rechts und in allzu großem Eifer die Schranken des Gehörigen überschritten werden, wer könnte berechtigt sein, dies allzu hoch aufzunehmen? Ist nicht selbst die Robbe, wo sie in der englischen Arbeiterbevölkerung vorhanden ist, nur eine Folge der gesellschaftlichen Einrichtungen, der Zurücksetzung und der Verdrückung der arbeitenden Klasse, vor Allem der mangelnden Erziehung und Ausbildung?

Weiter läuft folgende Notiz durch die Blätter: Die Bäckerburschen Londons hielten kürzlich ein Meeting ab, um Mittel und Wege zu berathen, wie sie von der Notharbeit freikommen könnten. Ein Mr. Wright schlug einen Strike vor. „Denk euch“, motivirte er seinen Antrag, „London zwei Tage lang ohne Brod!“ Wie die Sache weiter abliefe, wird nicht gemeldet; der Strike ist übrigens nicht zu Stande gekommen.

— (Confiscationen.) Das erste Blatt der neuesten Nummer der „Rheinischen Zeitung“ ist ohne Angabe des Grundes mit Beschlagnahme belegt worden. Ebenso eine zweite Auflage derselben Nummer, nachdem einige Artikel weggelassen waren, welche nach Ansicht der Redaction die Confiscation vielleicht herbeiführen hätten. Auch diese Auflage wurde confiscirt. Erst die dritte sehr läckenhaftige Auflage fand Gnade. — Ferner ist am 21. d. M. Nr. 42 der „Verfassung“ ohne Angabe der Gründe confiscirt worden.

— (Die deutsche Reichsfahne) eine nach der „Rhein. Zig.“ conservativerseits in Aussicht genommene neue Zeitung, hat sich nach der „Krenz-Zig.“ in eine respectable Ente verwandelt.

— (Drei neue transatlantische Kabel) zwischen Amerika und Europa sind nach dem „Moniteur“ im Plane. Zur Ausführung haben sich bereits drei Gesellschaften eine amerikanische und zwei englische gebildet.

— (Ein merkwürdiger Vorgang.) In den letzten Wochen hatten die Berliner Wasserrohrleger mehrere Versammlungen Beauftragter in Aussicht genommenen Arbeitseinstellung. Mehrere Lokalblätter berichten darüber, daß dies die Arbeiter der englischen Firma J. Bird gewesen seien, denen von dem Verwaltungspersonal Lohnabzüge gemacht worden waren, und warum? Man höre und laune: Um ein durch die Unterschlagungen der Verwaltungsbeamten entstandenes Manco in der Kasse (es heißt 60,000 Thaler) wieder auszugleichen! Dem eigentlichen Geschäftsinhaber war von allen dem nichts bekannt, aber die Arbeiter telegraphirten an ihn nach England, in Folge dessen er sich sofort hierher begab, die Sache untersuchte, die Arbeiter sofort zu dem früheren Lohne wieder einstellte und ihnen obendrein noch ein kleines Festmahl gab.

— (Die Kartoffeln) in der Provinz Westfalen sind so miffrachten, daß in mehreren Kreisen schon jetzt unmitttelbar nach der Ernte der Preis auf 1 Thlr. 20 Sgr. pro Scheffel gestiegen ist. Da dieser Theuerung nur durch Ermöglichung reicher Zufuhren aus denjenigen

Landesteilen, namentlich aus der Provinz Sachsen und aus Thüringen bezogen werden kann, in denen die Kartoffel-Ernte günstiger ausgefallen ist, so hat, wie diese Blätter melden, der Handelsminister Veranlassung genommen, auf den betreffenden Staats-Eisenbahnen die Fracht für Kartoffeln in Wagenladungen, welche nach Stationen der Provinz Westfalen adressirt sind, einzuweisen bis zum 1. Mai l. J. auf bloß 1 Pfennig pro Centner und Reise nebst einem festen Zuschlag von 1 Thlr. pro 100 Centner zu ermäßigen und außerdem den Verwaltungen der betheiligten Privat-Eisenbahnen durch die Eisenbahn-Kommissionäre etc. anempfohlen, im öffentlichen Interesse auch für ihre Bahnen eine gleiche Frachtermäßigung für Kartoffeln eintreten zu lassen.

— (Eine Nachricht, welche der Thatsache vorauseilt.) Was einst der geniale, unglückliche Grabe in seinem tollen Lustspiel gesagt: Die Verbindungsmittel sind so gefördert, daß man die Nachricht einer Thatsache erhält, noch ehe sie geschehen, wird jetzt scheinbar zur Wahrheit. Ein französisches Blatt bespricht den Fall, daß ein aus Paris nach New-York an einem Tage beförderter Telegramm daselbst leicht am Tage vorher anlangen könne. Da nämlich die Entfernung zwischen New-York und Paris sich auf 76 Längengrade berechne, so sei es in New-York erst 7 Uhr Abends, wenn in Paris schon 12 Uhr Nachts. Gesezt nun, es wäre am 1. September Abends das große Opernhaus in Paris abgebrannt und davon am 2. September 12 1/2 Uhr nach Mitternacht die Kunde nach New-York telegraphirt worden, so hätte daselbst (einige Stunden auf das Telegraphiren gerechnet) noch am 1. September, etwa zwischen 9 und 10 Uhr, der schreckliche Vorfall, der nach amerikanischer Zeit in Paris sich erst ereignen werde, bekannt sein können. Es ist nicht unwichtig, diesen scheinbaren Zeitunterschied von beiläufig fünf Stunden in's Auge zu fassen.

— (Preise für historische Reliquien.) Ein französisches Journal stellt die Preise einzelner historischer Reliquien und Karitäten zusammen, wie dieselben seiner Zeit verkauft wurden. Wir heben davon die folgenden heraus: Der eisenermeinte Armstuhl, welchen Gustav Bala von der Stadt Lübeck erhielt, wurde 1823 um 58,000 fl. einem Kammerherrn des Königs von Schweden, Herrn Schinkel verkauft. Das Gebetbuch Karls I., das er noch benötigte, als er auf das Schaffot stieg, wurde 1823 in London für 100 Pfd. Sterling verkauft. Den Rock, welchen Karl XII. bei Bultama trug, und welchen Oberst Kofon ausbewahrte, wurde in Edinburgh 1826 um 22,006 Pfd. Sterling losgeschlagen (Oberst Kofon war mit Karl XII. nach Bender gegangen.) Für ein Paar Ballschuhe Ludwigs XIV. zahlte Abbé Terlon eine ganz unverhältnismäßige Summe. Ein John Newtons im 1816 auf 16,595 Franken und kam an einen englischen Lord, der ihn in einen Ring lassen ließ. Der John ist noch im Besitze der Familie des Lords. Für einen angeleglichen John der Heloise bot ein Engländer 100,000 Franken. Den Hut Napoleons, welchen er bei Eufan trug, kaufte Doctor de la Croix für 1920 Franken. Sir Burnlett, Schwiegerohn Walter Scotts, zahlte 1825 für die zwei Federn, womit der Friede von Amiens unterzeichnet wurde, 12,000 Franken. Dagegen wurde der Schädel des Descartes 1820 für nur 100 Franken; eine Perücke Kants für 200 Franken; ein Stock Voltaires für 500 Franken; eine Weste Rousseaus für 950 Franken verkauft.

— (Ein eigenthümlicher Ehescheidungsgrund) kam dieser Tage beim Berliner Stadtgericht zur Sprache. Ein Geschäftstreiber beantragte die Scheidung von seiner Ehefrau, weil diese so übermäßig schnarche, daß er dadurch in seiner natürlichen Ruhe gestört werde. Da das Schnarchen bis jetzt ein gesetzlicher Scheidungsgrund nicht ist, wurde der unglückliche Ehemann mit seiner Klage zurückgewiesen und wird ihm nichts übrig bleiben, als auf ein anderes Mittel zu sinnen, seine Nachtrabe nicht gestört zu leben.

Briefkasten.

A. in Aß. Wir bitten um Entschuldigung. Die Schuld ist allerdings lediglich auf unserer Seite.
U. in Hamburg. Vom 26. d. an können Sie das Gewünschte auf der dortigen Post reclamiren.

Annoncen.

Für Hamburg.

Allg. deutsch. Arbeiter-Verein.

Officielle Versammlung der Hamburger Mitglieder am Mittwoch, den 24. October, Abends 9 Uhr, in „Stadt Bremen“, Nieterstraße 20.

Tagesordnung: Abrechnung.

Die Mitgliederortler sind voranzuziehen.

E. A. Gehel, Bevollmächtigter.